

Gegen die "Einheitsschule"

GESETZENTWURF FDP will Schulformen in Landesverfassung verankern

Vom 15.12.2010

Mainz (dpa). Die FDP-Landtagsfraktion will die Vielfalt der Schulformen in Rheinland-Pfalz sichern. Dafür soll die bestehende Schulstruktur in der Landesverfassung verankert werden. Eingriffe in das Schulsystem wären so nur noch mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag möglich. Nachdem die Haupt- und Realschulen in Rheinland-Pfalz durch die "Realschule plus" ersetzt worden seien, müsse wieder Ruhe in die Schullandschaft einkehren, forderte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Herbert Mertin, gestern bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs. Weitere Debatten, die auf eine Änderung der Schulstruktur zielten, seien "unnötig" und "kräftezehrend". Der Fokus müsse stattdessen wieder auf die Qualität des Unterrichts gelegt werden. Mertin warf SPD und Grünen vor, auf dem Weg zu einer Einheitsschule das Gymnasium schrittweise abschaffen zu wollen. "Die Realität zeigt aber, dass Jugendliche unterschiedliche Bildungsangebote brauchen", sagte er. Die SPD-Landtagsfraktion bezeichnete den Vorstoß als "Wahlkampfgetöse". Die Einheitsschule sei das "Lieblings-Schreckgespenst der FDP", so die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ulla Brede-Hoffmann. Diese Schulform sei aber von niemandem gewollt und nach der geltenden Landesverfassung auch nicht vorstellbar. Die Zielrichtung der FDP-Fraktion sei "richtig und langjährige Position der CDU-Fraktion", sagte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Bettina Dickes. Der Vorschlag, die bestehende Schulstruktur unter Garantie der Verfassung zu stellen, müsse aber "eindeutig formuliert werden, damit aus der möglichen Verfassungsänderung kein zahloser Tiger wird." Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Rheinland-Pfalz erklärte, das gegliederte System sei kein Garant für Erfolg in der Schule. Gerade die "PISA-Siegerländer" verfügten alle über ein integriertes Schulsystem, mindestens bis zur neunten Klasse. Die FDP-Fraktion missachte die bildungspolitischen Ergebnisse der vergangenen Jahre.